

GdP: Kurz berichtet

Februar 2005



1. Herzlich willkommen! 291 neue Mitglieder in der GdP!
2. Bilanz für Rot-Grün
3. SPD und FDP kündigen erneute POG-Änderung an
4. Let's have a party
5. Fotos im Internet nur freiwillig
6. GdP zum 43. Verkehrsgerichtstag
7. Die Dealerin und der Kommissar
8. Sonderprogramm für Schwerbehinderte
9. Kanzler Schröder für Tobin – Steuer?
10. Finanzminister Eichel für internationale Steuern
11. EU – Verfassung ist unser Leuchtfeuer
12. Sklavenhaltung bei Spediteuren
13. Leserbrief:
14. Ein Zitat zum Schluss
15. Zur Erinnerung

1. Herzlich willkommen! 291 neue Mitglieder in der GdP!

Im Jahr 2004 sind im Land Rheinland-Pfalz 291 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei beigetreten. Damit setzt sich der positive Trend der letzten Jahre fort. 2002 hatten 196, 2003 hatten 253 ihre Mitgliedschaft in der GdP beantragt. GdP - Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *"Bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) und der absehbaren Übernahme der Beamtenrechte in Landesrecht sind wir für jede und jeden dankbar, die / der uns durch seine Mitgliedschaft unterstützt! Vielen wird zunehmend klar, dass wir starke Gewerkschaften brauchen und dass diese im Großen wie im Kleinen Schutz bieten."*

Ein besonderes Dankeschön gilt den Vertrauensleuten und den Kreisgruppen vor Ort, die sich im alltäglichen Dienst um die Mitglieder kümmern!

Neben der Unterstützung des Landesvorstandes bei den Verhandlungen haben die Mitglieder natürlich auch eigene, ganz handfeste Vorteile: Über den 'GdP Kurz berichtet', die 'Mitglieder-Infos' und die 'Deutsche Polizei' wird über aktuelle Themen informiert.

Rechtsschutz, Dienst-Haftpflicht-Versicherung, Regress-Haftpflicht-Versicherung, Unfall-Versicherung und Sterbegeld-Beihilfe sind als Leistungen im Beitrag enthalten. Geld sparen lässt sich über die günstigen Konditionen bei der Polizei-Versicherungs AG (PVAG) und der Signal-Iduna. Und wer ein neues Auto braucht oder eine Reise buchen möchte, kann die Sonderleistungen des Polizeisozialwerks der GdP (PSW) in Anspruch nehmen.

Ergo: Es lohnt sich in jeder Hinsicht, Mitglied der GdP zu sein!

2. Bilanz für Rot-Grün

Die deutsche Wirtschaft hat 2004 um 1,7 % zugelegt. Die Exporte stiegen um 8,2 %, die Import nur um 5,7 %. Die Lohnstückkosten sanken 2004 um 1,3 % - das ist die stärkste Senkung der Kosten für die Unternehmen in einem Jahr. Der Bruttoverdienst der abhängig Beschäftigten stieg nur um 0,1 %. Ohne die Entlastung bei den Steuern wären die Arbeitnehmer bei einer Inflationsrate von 1,7 % deutlich ins Minus gerutscht. Während inflationsbereinigt das Einkommen der meisten Arbeitnehmer etwa gleich blieb, explodierten die Einkommen für die Unternehmer und die Vermögenden. Deren Einkommen stieg um sage und schreibe 10,7 % - die höchste Steigerung seit der Vereinigung!

Die Gewinne der Unternehmen stiegen auf 493 Milliarden € Die Einkommen der Arbeitnehmer blieb mit 1.132 Milliarden € konstant. Der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen (die sog. Lohnquote) lag 2004 bei nur noch 70,1 % - 2003 war die Lohnquote noch bei 72,1 %.

Nicht nur die Arbeitnehmer gingen bei dem Spiel leer aus. Auch der Bund, die Länder und Gemeinden sind die Verlierer. Das Defizit des Bundes betrug 2004 39,5 Milliarden € Die Staatsquote sank auf den niedrigsten Wert: 47,6 %!

GdP – Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *„Während die Exporte brummen, kommt der Binnenmarkt nicht in Gang. Die Arbeitnehmer wollen und brauchen ihren gerechten Anteil an den Gewinnen der Unternehmen. Und der Staat braucht mehr Einnahmen, damit er seine Aufgaben ordentlich erfüllen kann. Dazu gehört auch, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der Einkommensentwicklung nicht abgekoppelt werden dürfen!“*

3. SPD und FDP kündigen erneute POG-Änderung an

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Professor Rudolph, stellte in der September-Anhörung der SPD-Landtagsfraktion klar, dass das zur strafprozessualen Wohnraumüberwachung ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht 1:1 für den Bereich der Gefahrenabwehr übernommen werden müsse. So hielt er es durchaus für möglich, im Bereich der Gefahrenabwehr die technische Aufzeichnung und zeitversetzte Auswertung der Überwachungsmaßnahmen beizubehalten.

Jetzt haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP angekündigt, die Schlussfolgerungen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in eine Neufassung des § 29 POG einfließen zu lassen und noch im Februar vorzulegen. Die CDU-Landtagsfraktion, so die polizeipolitische Sprecherin Marlies Kohnle-Gros, begrüßt das Gesprächsangebot der Regierungsfractionen. *"Der CDU ist es ein besonderes Anliegen, dass die Polizei insbesondere im Kampf gegen Terrorismus keine unnötigen Hindernisse in den Weg gelegt bekommt."*

Die GdP wird sich mit dem Gesetzentwurf befassen und darauf achten, dass dieses wichtige Instrument zur Abwehr terroristischer Gefahren und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nicht verloren geht. Ernst Scharbach: *„Zuletzt haben die Festnahmen zweier Terrorverdächtiger in Mainz und Bonn nicht nur gezeigt, dass der Staat auf diese Eingriffsermächtigung für seine Polizei nicht verzichten sollte, sondern auch, dass die Polizei behutsam und professionell mit diesem Mittel umgeht“.*

4. Let's have a party

Die Antrittsparty für den wieder gewählten Präsidenten der USA George W. Bush war die teuerste und längste der US-Geschichte. Der Event dauerte 4 Tage, es gab 9 Bälle und 4 Galadiner. Die Kosten von mehr als 40 Millionen Dollar wurden vor allem finanziert von Öl- und Computerkonzernen, wie AT&T, Bank of America und Pepsi. Eine Souvenir Website bietet einen Amtseinführungsbierkrug zum Preis von knapp 30 Dollar an.

5. Fotos im Internet nur freiwillig

Einige Präsidien wollten die Bewerbungen für Bezirksbeamte an deren Bereitschaft zur Veröffentlichung ihrer Portraits im Internet knüpfen. Dies stieß bei etlichen KollegInnen verständlicherweise auf Widerstand. Reaktion der Behörden: Dann kämen sie als KontaktbeamtInnen nicht in Frage!

Die GdP intervenierte im Innenministerium. Mit Erfolg!

Staatssekretär Karl Peter Bruch wies an, die Veröffentlichung der Fotos NICHT zum Gegenstand der Ausschreibung zu machen. Er wies die Behörden- und Einrichtungsleiter an, „insbesondere die Teilnahme am Auswahlverfahren nicht mehr von der Einwilligung zur Veröffentlichung der Fotos in der Internet-Präsentation der Dienststelle abhängig zu machen“. Er werde darüber hinaus die Angelegenheit „anlässlich der nächsten Besprechung des Leiters der Polizeiabteilung mit den Leitern der Polizeibehörden und –einrichtungen nochmals klarzustellen“.

6. GdP zum 43. Verkehrsgerichtstag

"Die Polizei muss personell wieder in die Lage versetzt werden, den Straßenverkehr flächendeckender zu überwachen. Die Gefahr, erwischt zu werden, muss für Rowdies im Straßenverkehr deutlich erhöht werden", fordert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg zum Auftakt des 43. Deutschen Verkehrsgerichtstags.

Die GdP begrüßt die Pläne zur Verschärfung der Sanktionen insbesondere gegen Autobahn-Drängler, die durch ihr Verhalten Menschenleben gefährden. Freiberg: *"Im gesamten EU-Bereich hat Deutschland einen der humansten Verwarn- und Bußgeldkataloge. Autofahrer wundern sich oft, dass sie in anderen Ländern deutlich höher bestraft werden und das manchmal bei Verhaltensweisen, die hierzulande nicht einmal Verstöße darstellen."*

Jedoch lasse sich die bedenklich sinkende Verkehrsmoral, so die GdP, nicht durch höhere Strafen allein heben. Freiberg: *"Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen auf den Autobahnen werden mit zusätzlichen Aufgaben überfrachtet und ihrer eigentlichen Aufgabe der Verkehrsüberwachung entzogen."*

Der permanent starke Anstieg der Zulassungszahlen sowie die fortschreitende Verlagerung der Warenbewirtschaftung von den Speditionslägern auf die Autobahnen gehe auch in der Verkehrsüberwachung einher mit Personalabbau bei der Polizei. Freiberg: *"Das Entdeckungsrisiko muss erhöht werden."*

Eine Harmonisierung des Verkehrsrechts in Europa, so die GdP, könnte die Kontrollarbeit entlasten. Freiberg: *"Davon sind wir weit entfernt. Kontrollen werden wegen unterschiedlicher nationaler Vorschriften immer komplizierter, Pkw- und Lkw-Fahrer wissen nach einem Grenzübertritt nicht, woran sie sind."*

7. Die Dealerin und der Kommissar

Kollege Jörg Schmitt-Kilian hat ein spannendes Buch über einen Kriminalfall geschrieben, das auch für das Fernsehen verfilmt wurde. Es handelt von der Dealerin Jenny, den Ermittlungen der Drogenfahnder und den Problemen in den Familien, die sich aus der Drogenabhängigkeit ergeben.

Verlag Dieter Fölbach, 6,80 €

8. Sonderprogramm für Schwerbehinderte

zur Beschäftigung von arbeitslosen und schwerbehinderten Menschen über 55 bei der Polizei: Die Landesregierung hat sich Mitte vergangenen Jahres entschlossen, speziell aus dieser Personengruppe im Bereich der Polizei 30 zusätzliche Einstellungen zu ermöglichen. Bisher sind

davon 22 zum Teil langzeitarbeitslose Menschen in den Landesdienst eingestellt worden. Staatssekretär Karl-Peter Bruch begrüßte am 18.01.2005 die neuen Mitarbeiter zusammen mit den Leitern der zugehörigen Behörden und Einrichtungen im Innenministerium und erkundigte sich nach den ersten Erfahrungen im neuen Berufsleben. Als Vertreter des HPRP nahmen der Vorsitzende Ernst Scharbach und die Angestelltenvertreterin Annemarie Grindel an dem Treffen teil.

Bei angeregter Diskussion wurde festgestellt, dass die neuen Mitarbeiter unbefristet eingestellt worden sind, obwohl die Arbeitsverwaltung dieses Programm maximal 6 Jahre und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit die ersten 2 Jahre durch Fördermittel unterstützt. Die Vorbereitungen zur Besetzung der restlichen 8 Stellen laufen derzeit noch.

9. Kanzler Schröder für Tobin – Steuer?

In die Diskussion um die (Unter-) Finanzierung des Staates kommt langsam Bewegung. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos unterstützte Schröder die Forderung des französischen Präsidenten Jacques Chirac für die Erhebung internationaler Steuern. Die Steuer auf Devisengeschäfte ist eine Kernforderung der globalisierungskritischen Bewegung Attac. Die Steuer wurde benannt nach dem amerikanischen Wirtschaftsexperten James Tobin. Tobin hatte vorgeschlagen zur Vermeidung spekulativer Devisengeschäfte auf Finanztransaktionen eine geringe Steuer etwa in der Höhe von 0,5 % zu erheben.

Bundeskanzler Schröder sagte, eine solche Steuer könnte ein Weg sein.

Details zur Tobin-Steuer unter: https://www.attac.de/material/details/details_2003.php

10. Finanzminister Eichel für internationale Steuern

Minister Eichel steht der Tobin – Steuer skeptisch gegenüber, weil dadurch die Handelsströme behindert werden könnten – ein Argument, das lange widerlegt ist. Allerdings plädiert auch er für die Erhebung internationaler Steuern, z.B. auf Kerosin oder auf Waffenexporte. Zur Verhinderung des internationalen Steuerdumpings für die Großindustrie fordert Eichel: *„Wir brauchen eine einheitliche Bemessungsgrundlage. Das gehen wir in der EU jetzt an, auch wenn es bei einigen noch Widerstände gibt.“*

11. EU – Verfassung ist unser Leuchtturm

US-Wirtschaftsforscher Jeremy Rifkin im Interview mit der Frankfurter Rundschau (Auszüge): *„Mein Gott, treten Sie doch mal einen Schritt zurück und schauen Sie sich das Wunder an, das Sie geschaffen haben. Eine europäische Union, die sich in nur einem halben Jahrhundert von den britischen Inseln bis zur Türschwelle Russlands entwickelt hat! Es gibt nichts Vergleichbares in der Geschichte der Menschheit. Also hören Sie auf, daran herum zu nörgeln! Die EU-Verfassung ist die erste Verfassung der Welt, die ein globales Bewusstsein reflektiert. Sie ist unser Leitbild, unser Leuchtturm für das 21. Jahrhundert.“*

„Tatsache ist: In der EU leben 455 Millionen Menschen in 25 Staaten. Sie haben die größte Wirtschaft weltweit. Sie haben ein Bruttoinlandsprodukt von 10,5 Billionen Dollar. Sie haben den stärksten Exportmarkt, sie haben den größten Binnenmarkt.“

„Der alttestamentarische Glaube vieler Amerikaner führt zu einem starken Militarismus. Wir glauben, Gott muss über das Böse in der Welt triumphieren, und wir kämpfen dafür. Europäer versuchen inzwischen, Konflikte anders zu lösen. Nach 2000 Jahren des Blutvergießens und der Erfahrung zweier Weltkriege wollen sie sich nicht mehr gegenseitig umbringen. Auch deshalb wurde die Europäische Union gegründet – für den Frieden.“

12. Sklavenhaltung bei Spediteuren

2001 begann die GEK (Gemeinsame Ermittlungseinheit Kabotage) die Auswertung des sichergestellten Materials: u.a. 17.000 Aktenordner und 3.000 Gigabyte PC-Daten. Ende Januar 2005 legte die Staatsanwaltschaft Saarbrücken ihre 529 Seiten umfassende Anklageschrift vor. Als Gesamtschaden wurden 32 Mio. € errechnet. Die beschuldigten Brüder Joachim (40) und Christian Fixemer (35) kamen nach Zahlung der Rekordkaution von 11,5 Mio. € aus der U-Haft frei. Die Weiße-Kragen-Verbrecher haben – soweit ermittelt werden konnte – 2.045 Illegale als Fahrer beschäftigt. Die Fahrzeugflotte umfasste 1.500 Gespanne. Die Fahrer erhielten als ‚Grundlohn‘ zwischen 35 € und 150 €- monatlich! Im Schnitt erhielten sie maximal 800 € Das ist weniger als ein Drittel des deutschen Tariflohns.

Die Klimaanlage in den Lkw wurden abgeschaltet – um Sprit zu sparen. Die Fahrer mussten „unter katastrophalen hygienischen Bedingungen“ (FR) in Containern hausen, während die Fixemer-Brüder Millionen scheffelten.

Für Ordnung im Laden wurde auch gesorgt. Für die „Beleidigung von höhergestellten Personen“ waren 50 € Bußgeld fällig.

Die Fixemer-Brüder bestreiten die Sachverhalte im Wesentlichen nicht einmal. Man habe lediglich die rechtlich zulässigen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt.

13. Leserbriefe:

Hallo zusammen,

ich habe mit Interesse die neue "Kurz berichtet" 2005 gelesen. Ein Frage dazu sei mir erlaubt: Welchem frauenverhassten Menschen hat man denn da den Pinsel in die Hand gegeben?

Ich denke, dass ich es mir als weibliches Mitglied der GdP nicht gefallen lassen muss, dass sich jemand über "Schuhe kaufende kinderlose Zicken" auslässt. Selbst wenn es sich (in Bezug auf die Kinderlosigkeit) um ein Zitat aus irgendeiner "Blöd-Zeitung" handelt (keine Ahnung, die kenne ich nicht - gehört auch nicht zum meiner Lektüre) so ist es das nicht Wert in solch einem Zusammenhang wiedergegeben zu werden.

Und was bitte soll dieser Beitrag unter Punkt 15? War die Seite nicht voll genug?

Find' ich nicht gut...

Mit freundlichem Gruß

Regina Leicher

Hallo "Chef",

die von Regina Leicher aufgeworfene Frage nach dem Urheber dieser Schmierereien über kinderlose Zicken in "Kurz berichtet" würde mich tatsächlich auch mal interessieren.

Sollte derartiges zum neuen Niveau der offiziellen Mitteilungen des Landesverbandes unserer Gewerkschaft werden, könnte ich mir vorstellen, dass es sicher auch noch andere interessieren dürfte, welchem frustrierten Mann (?) wir dies zu verdanken haben..... Übersandt hat das Pamphlet ja offensichtlich der Ernst, von dem ich aber hoffe, dass es sich dabei dennoch nicht um sein eigenes Gedankengut handelt.

Sicher ist es in der nach wie vor männerdominierten und ebenso geprägten Polizei nicht für jeden Mann leicht zu verdauen, sich inzwischen auch mit (leitungsstärkeren) Frauen in Konkurrenz zu befinden. Manch einen soll dies schon in schwere Identitätskrisen gestürzt haben... Zugegeben: Die Frauen von heute sind ja auch ein Problem... (für die Männer von gestern...). Problemlösend ist es allerdings bestimmt nicht, sich mit rosaroter Brille ins althergebrachte Rollenverständnis zu flüchten, statt die Realität wahrzunehmen:

Denn die Frauen in der GdP und in der gesamten Polizei sind eben nun mal gerade nicht die, die die Zeit (und den Anspruch an sich) haben, den ganzen Tag an Wühltischen, hinter dem Herd o. ä. zu verbringen.

Ich hoffe daher auf eine etwas niveauvollere Fortsetzung der begonnenen Berichterstattung zur Ursächlichkeit der Kinderlosigkeit in der heutigen Gesellschaft. Vielleicht führt dies ja dann den ein oder anderen auch zu der Erkenntnis, dass es evtl. nur an dem Vorhandensein von Männern mangelt, die bereit und in der Lage sind, sich -losgelöst vom traditionellen Rollenverständnis- als verlässliche Partner einer berufstätigen Frau und insoweit als verantwortungsvolle Väter einer familiären Herausforderung zu stellen.....?!

Nur hätte eine etwas eindeutiger Distanzierung von dem Inhalt der "BLÖD-Zeitung" - wenn derart niveauloser Quatsch überhaupt schon für zitierenswert gehalten wird- dem Landesverband sicher gut gestanden.

Liebe Grüße aus Koblenz

Jutta Gras

Liebe Kolleginnen,

die kritisierten Einfügungen in ‚Kurz berichtet‘ Januar 2005 stammten von mir. Es war keineswegs meine Absicht, mit dem Zitat aus der ‚BLÖD-Zeitung‘ die dort geäußerte Auffassung gut zu heißen – im Gegenteil. Die voran gestellte Darstellung aus der Zeitschrift ‚Die Eltern‘ belegte einen häufigen Grund für die allseits beklagte Kinderlosigkeit. Die Menschen sind zunehmend über ihre Zukunft verunsichert. Diese Verunsicherung empfinde ich als Ergebnis der neoliberalen Forderungen nach Flexibilisierungen, Abbau des Kündigungsschutzes, Lohnrückerei pp. Ich wollte zeigen, was die BILD-Zeitung aus dieser Untersuchung gemacht hat – nämlich ein fieses Abdrücken der Probleme auf die Schultern der mehrfach belasteten Frauen. Nun dachte ich, dass sich dies von selbst erkläre, was wohl nicht der Fall war. Auch die Assoziation zwischen BILD und BLÖD fand ich offenkundig.

Das letzte Rätsel von Sean Connery hat tatsächlich nicht allzu viel in einer GDP-Veröffentlichung zu suchen. Sie war als Auflockerung gedacht. Es tut leid, dass die Zitate zu Unmut oder Betroffenheit geführt haben. Dies war nicht beabsichtigt.

Ich bitte insofern um Pardon!

Viele Grüße, Ernst

14. Ein Zitat zum Schluss

"Die Sklaverei lässt sich bedeutend steigern, indem man ihr den Anschein der Freiheit gewährt." Ernst Jünger

15. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?	Auto kaufen?	PSW 06131/96009-23 oder -31
------------	--------------	-----------------------------

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz